
Der Ortenaukreis – Rückblick 1999

Landrat Günter Fehringer

Das wichtigste kreispolitische Ereignis im Jahr 1999 war die Wahl zum neuen Kreistag, dem von den Bürgerinnen und Bürgern alle fünf Jahre gewählten politischen Gremium des Ortenaukreises. Die Kommunalwahl fand am 24. Oktober 1999 gemeinsam mit den Gemeinderatswahlen und Ortschaftsratswahlen statt. Für die Wahl zum Kreistag stellten sich in den 13 Wahlkreisen zwischen Sasbach und Hornberg 477 Kandidaten zur Wahl. 74 Sitze waren in den Wahlkreisen direkt, maximal 20 weitere Prozent über Ausgleichsmandate zu vergeben. Die Wahlbeteiligung der rund 300.000 wahlberechtigten Ortenauer Bürgerinnen und Bürger lag bei rund 54 Prozent. Aufgrund von 13 Ausgleichsmandaten wurden 87 Kreisräte gewählt. Davon erhielten die CDU 39 (43,7%), die SPD 21 (24,5%), die FWV 18 (19,1%), die Grünen 5 (6,2%) und die FDP 4 (4,7%) Sitze.

Bei der konstituierenden Sitzung des Kreistages am 21. Dezember 1999 wurden die neuen Kreisräte auf ihr Ehrenamt verpflichtet. Ich bin sicher, daß auch in den kommenden Jahren die sachorientierte und auf Konsens bedachte politische Auseinandersetzung zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger die Kreispolitik bestimmen wird. Besonderen Dank und Anerkennung spreche ich all jenen Kreistagsmitgliedern aus, die dem neuen Gremium nicht mehr angehören, das Geschehen im Ortenaukreis aber sicher weiter mit Interesse und Aufmerksamkeit verfolgen werden.

Bei den Wahlen zu den Gemeinde- und Ortschaftsräten waren rund 940 Sitze zu vergeben. Entsprechend den Bestimmungen der Gemeindeordnung hatten die Wähler hier die Möglichkeit des „Panaschierens« und des „Kumulierens«. Eine weitere Besonderheit des Kommunalwahlrechts in Baden-Württemberg ist die sogenannte „Unechte Teilortswahl«. Damit wird gewährleistet, daß jeder Ortsteil mindestens so viele Mandate erhält, wie es dem Bevölkerungsanteil jeweils entspricht. Dieses Wahlsystem erlaubt es, im Rahmen der Verhältniswahl Persönlichkeiten gezielt aus den Wahlvorschlägen herauszuwählen.

Trotz des komplizierten Wahlsystems mußten nur 4 Prozent der Stimmzettel für ungültig erklärt werden. Von den 940 Sitzen in den Gemeinde- und Ortschaftsräten erhielten die CDU 413 Sitze (44%), die Wählervereinigungen 342 Sitze (36%), die SPD 158 Sitze (17%), die Grünen 14 Sitze (2%) und die FDP/DVP 13 Sitze (1%).